

# 1 Präambel

2           Vielerorts hört man\* von spezifisch „sächsischen Verhältnissen“.  
3 Was heißt das überhaupt, und warum sind diese Verhältnisse zu kriti-  
4 sieren? Die Antworten auf diese Fragen sind vielfältig. Dazu gehört  
5 der Abbau von kulturellen Angeboten, Schul- und Krankenhausschließun-  
6 gen sowie der Rückbau der Infrastruktur. Dazu gehört, dass die länd-  
7 lichen Regionen immer menschenleerer werden und dass es viele Leute  
8 aus Sachsen wegzieht. Dazu gehört ein aus dem spezifischen „sächsi-  
9 schen Selbstbewusstsein“ der Wendezeit hervorgegangener „Sachsen-  
10 stolz“ und ein besonderes „sächsisches Heimatbewusstsein“. Von überall  
11 springt einem Sachsen direkt ins Gesicht: Sachsenquelle, Sachsenobst,  
12 Radio Sachsen, Sachsenkrone. Dazu gehört die langjährige durch die  
13 sächsische CDU betriebene Verharmlosung des Neonazismus und rechter  
14 Gewalt sowie der Umstand, dass die NPD sich ganze zehn Jahre, von 2004  
15 bis 2014, im sächsischen Landtag halten konnte. Dazu gehört der Fakt,  
16 dass Pegida zuerst in Dresden auf die Straßen ging, sich auch einzig  
17 dort als eine dauerhafte Protestbewegung etablieren konnte und von  
18 Sachsen aus den bundesdeutschen Diskurs seit 2014 bis in die Parlamente  
19 hinein immer weiter nach rechts verschob. Dazu gehört, dass es zahl-  
20 reiche sächsische Politiker\_innen<sup>1</sup> und konservative Intellektuelle wa-  
21 ren, die als erste Verständnis für das „Besorgtsein“ der „Montagsspa-  
22 ziergänger“ über die ach so „linksliberale“ Politik zeigten. Dazu  
23 gehört, dass die sächsischen Polizeikräfte entweder tatenlos zusehen,  
24 wie Journalist\_innen von Pegida-Demonstrierenden angegriffen werden  
25 oder gar selber dabei mitmachen. Dazu gehört die Tatsache, dass die  
26 rassistische und völkisch-nationalistische AfD allein in Sachsen mit

1           Sprache hat einen großen Einfluss auf unsere Wahrnehmung und unser Denken und formt auf diesem Weg die gesellschaftlichen Verhältnisse mit. Uns ist es wichtig, Personen aller denkbaren Geschlechter gleichberechtigt anzusprechen und patriarchal geprägte Sprachmuster auszuhebeln. Insbesondere ist es unser Anliegen, Menschen mit einzubeziehen, die sich nicht in ein binäres Geschlechtersystem (sprich: männlich/weiblich) einordnen können oder wollen. Wir benutzen die Gender-Gap (Teilnehmer\_innen, Zuschauer\_innen) oder im Plural entsprechende Partizipien (Teilnehmende, Zuschauende), um Personenbezeichnungen geschlechtergerecht zu formulieren. Wir benutzen ein Sternchen hinter einem Wort, um hervorzuheben, dass ausdrücklich mehr Identitäten angesprochen werden sollen, als es der bloße Anschein vermuten lassen würde (z. B. Frauen\*, wenn genau genommen FLTIQ-Personen (Frauen, Lesben, Trans, Inter, Queer) angesprochen werden sollen; man\*, wenn verdeutlicht werden soll, dass obgleich das Wort an sich auf Cis-Männer abzielt, alle Personen gemeint sind. Unseren kompletten Leitfaden zur geschlechtergerechten Sprache findet ihr unter [gleft.de/2JV](http://gleft.de/2JV).

27 27 Prozent der Stimmen bei der vergangenen Bundestagswahl zur stärksten Kraft wurde. Und dazu kommt, dass die CDU - mal offen, mal weniger  
28 offen - mit den Gedanken spielt, mit der AfD koalieren zu wollen  
29

30 Auf all das haben wir so gar keinen Bock, und deswegen arbeiten  
31 wir aktiv dagegen an! Wir wollen diese verkrusteten, blau-braunen  
32 sächsischen Verhältnisse aufbrechen und zum Tanzen bringen. Wir wollen  
33 ein soziales, ein humanes, ein offenes, ein ökologisches und tolerantes  
34 Sachsen, in dem nicht „Leit-“, sondern Willkommenskultur gelebt  
35 wird. Wir wollen soziale Gleichheit, gleichberechtigte Teilhabe und  
36 ein schönes Leben für Alle. Dafür organisieren wir uns in vielen  
37 Gruppen über ganz Sachsen verteilt und arbeiten gemeinsam dieser Vision  
38 entgegen. Als linker Jugendverband wollen wir die Gesellschaft  
39 grundlegend verändern. Wir möchten weg vom kapitalistischen und unso-  
40 lidarischen, hin zum selbstbestimmten, gerechten und solidarischen  
41 Leben. Hierfür möchten wir jungen Menschen die Möglichkeit schaffen,  
42 sich selbst und andere zu befähigen und für ein gutes Leben zu strei-  
43 ten.

44 Uns ist bewusst, dass man\* eine Gesellschaft nicht allein im  
45 Parlament ändern kann. Wir meinen aber, dass es progressive Akteur\_in-  
46 nen in Parlamenten geben muss, um konservativen und reaktionären Kräf-  
47 ten einen Gegenpol zu bieten, aber auch um eigene Projekte voranzu-  
48 treiben, um Lebensrealitäten wenigstens kleinteilig ein Stück weit zu  
49 verbessern. Als unabhängiger, parteinaher Jugendverband der Partei DIE  
50 LINKE. Sachsen sehen wir es als unsere Aufgabe an, jene nicht blind  
51 zu unterstützen, sondern auch da zu kritisieren, wo es nötig ist und  
52 dort progressivere, radikalere Akzente zu setzen, wo es möglich ist.  
53 Das haben wir mit diesem Programm getan.

54 Am 01. September 2019 steht einiges auf dem Spiel, aber es ist  
55 noch lange nichts verloren. Wir wollen den Verlauf mit unserer Kampagne  
56 mitbestimmen. Wir wollen mit unseren Themen in die Öffentlichkeit. Wir  
57 wollen zeigen, dass eine andere Gesellschaft möglich ist, dass nichts  
58 so sein muss wie es ist und wir wollen insbesondere junge Menschen  
59 dazu bringen, sich gegen die derzeitigen Verhältnisse zu engagieren.  
60 Das vorliegende Landesjugendwahlprogramm ist die Grundlage der Kam-  
61 pagne und fußt seinerseits auf unserem Grundsatzprogramm (zu finden

62 unter [gleft.de/loremipsum](http://gleft.de/loremipsum)), das wir nach einem langen, basisdemokra-  
63 tischen Erarbeitungsprozess auf unserem Landesjugendplenum im Septem-  
64 ber 2018 in Chemnitz beschlossen haben und in welchem wir unsere  
65 Vorstellungen zu vielen verschiedenen Themen artikulieren, geprägt von  
66 einem klar linksradikalen Profil. Am gleichen Wochenende haben wir  
67 auch die 6 Themen für unsere Jugendkampagne festgelegt und 6 Menschen  
68 nominiert, die als junge Kandidierende auf der Landesliste der Partei  
69 DIE LINKE. Sachsen die Themen vorrangig in die Öffentlichkeit tragen.  
70 Sie haben außerdem gemeinsam auf der Basis des Grundsatzprogramms den  
71 Entwurf zum dir vorliegenden Programm verfasst, der nach intensiver  
72 Diskussion und Überarbeitung dann auf dem Landesjugendplenum im März  
73 2019 in Olganitz beschlossen wurde. Das Programm liegt auch in leichter  
74 Sprache, als Hörfassung sowie in englischer Übersetzung vor.

75 Lass uns gemeinsam für eine bessere Zukunft streiten! Noch ist lange  
76 nichts verloren.

77 Deine linksjugend ['solid] Sachsen

78 März 2019

79

## 80 **Antifa**

81 Antifaschismus bedeutet für uns das konsequente Eintreten gegen  
82 alle menschenverachtenden Ideologien, sei es Neonazismus, Rassismus  
83 oder andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Er ist für  
84 uns zugleich das Anerkennen gesellschaftlicher Vielfalt und das Ein-  
85 treten für eine emanzipierte und solidarische Gesellschaft, in der  
86 sich alle Menschen soweit verwirklichen können, dass sie dabei der  
87 Selbstverwirklichung anderer nicht im Weg stehen. Doch mit Neonazis  
88 und Rassist\_innen in unserer Mitte funktioniert das nicht.

89 Warum es gerade in Sachsen mehr antifaschistisches Engagement  
90 braucht? Weil Sachsen ein großes Problem mit Rassismus und einer gut  
91 organisierten Neonazi-Szene hat. Zudem reagiert der Freistaat entweder  
92 zu langsam oder gar nicht auf rechte Aktivitäten und verharmlost diese.  
93 Das liegt auch daran, dass rechtes Gedankengut in vielen sächsischen  
94 Institutionen verbreitet ist.

95 Wir widersetzen uns jeglicher Entwicklung hin zur autoritären  
96 Umgestaltung von Staat und Gesellschaft! Wir setzen uns für Menschen-  
97 rechte und für ein solidarisches und offenes Weltbild ein, die für uns  
98 die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft darstellen.

#### 99 **Ideologien benennen, statt von Extremismus quatschen**

100 Neonazis werden häufig auch als „rechtsextrem“ bezeichnet. Diese  
101 Bezeichnung entstammt der insbesondere in der sächsischen Politikwis-  
102 senschaft verbreiteten Extremismustheorie, die bei der Arbeit des In-  
103 landsgeheimdienstes (also known as „Verfassungsschutz“) zum Tragen  
104 kommt. Wir lehnen die Gegenüberstellung vom „politischen Extremismus“  
105 und einer scheinbar von problematischen Denkmustern befreiten „Mitte  
106 der Gesellschaft“ ab, weil damit oft verschleiert wird, dass auch die  
107 vermeintliche „Mitte“ diskriminierende Einstellungen wie Rassismus,  
108 Antisemitismus, Sexismus pflegt. Kritik an Nazis ist deshalb auch  
109 immer Gesellschaftskritik.

#### 110 **Gegen Angstzonen im ländlichen Raum**

111 Die Kürzungspolitik der sächsischen CDU führt dazu, dass es auf  
112 dem ländlichen Raum einen Mangel an gesellschaftlichen und kulturellen  
113 Teilhabemöglichkeiten gibt. Das führt nicht selten dazu, dass Jugend-  
114 liche sich aus Alternativ- und Perspektivlosigkeit der örtlichen Fa-  
115 scho-Szene anschließen. Insbesondere für Menschen mit vom konservati-  
116 ven Weltbild abweichenden religiösen, sexuellen, politischen Vorstel-  
117 lungen oder anderer Herkunft ist der ländliche Raum längst zur Angst-  
118 zone geworden. Innerhalb dieser Angstzonen ist ein freies Leben nicht  
119 mehr möglich. Verantwortliche und Behörden verharmlosen die Probleme  
120 mit menschenverachtenden Einstellungen oftmals anstatt sie aktiv an-  
121 zugehen. Neonazis gehören längst zur „Dorfgemeinschaft“ und machen bei  
122 der freiwilligen Feuerwehr und in Vereinen mit. Wir wollen kulturelle  
123 und Jugendangebote in der Stadt aber auch vor allem auf dem Land  
124 erhalten und fördern. Wir setzen uns für eine umfassende Aufklärung  
125 über menschenverachtende Ideologien sowie für die Stärkung von anti-  
126 rassistischen und auf gesellschaftliche Vielfalt ausgerichteten Demo-  
127 kratieprojekten ein.

#### 128 **Antisemitismus bekämpfen**

129 Antisemitismus ist nicht nur ein fester Bestandteil nazistischer  
130 Ideologie, sondern auch weit in der Gesamtgesellschaft verbreitet. Mit  
131 dem Wissen über die deutsche Barbarei, also über den industriellen  
132 Massenmord an Jüd\_innen in der Shoa, gilt es jeglicher Form von Anti-  
133 semitismus den Kampf anzusagen. Antisemitismus äußert sich heute wie  
134 damals über eine den Jüd\_innen zugewiesene Sündenbockrolle sowie eine  
135 Vereinfachung der kapitalistischen Gesamtverhältnisse auf einzelne  
136 Personen oder vermeintliche Strippenzieher\_innen. Diese Unterschei-  
137 dung in 'guten', also produzierenden, und 'bösen', also Finanzkapita-  
138 lismus, ist mit einer emanzipatorischen Kapitalismuskritik unverein-  
139 bar. Heute äußert sich Antisemitismus oft auch in Verschwörungstheo-  
140 rien, die unsere komplexe Welt durch einfache Erklärungsmuster zu  
141 erfassen vorgeben oder in Geschichtsrevisionismus. Der moderne Anti-  
142 semitismus zeigt sich zudem in einer Dämonisierung, der Anwendung  
143 doppelter Standards und grundsätzlicher Delegitimierung des Staates  
144 Israel. Da dieser Staat unter anderem jedoch notwendiger Schutzraum  
145 für von Antisemitismus Betroffenen ist, lehnen wir Antizionismus  
146 grundlegend ab.

#### 147 **Keine Verdrehung der Geschichte**

148 Faschismus wird in der Bundesrepublik mit Verbrechen des Natio-  
149 nalsozialismus verbunden. Immer wieder tauchen jedoch Verdrehungen der  
150 Geschichte und Verharmlosungen des Nationalsozialismus auf. Diese fin-  
151 den sich zum Teil auch in gesellschaftlich anerkannten Vereinen wie  
152 z.B. dem „Bund der Vertriebenen“, die Gebietsansprüche geltend machen  
153 wollen, wieder. Solchen Forderungen und Formen des Geschichtsrevisio-  
154 nismus widersprechen wir vehement. Auch wenn wir die DDR kritisieren,  
155 lehnen wir entschieden ihre Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus  
156 ab.

157 Organisationen und Parteien wie die AfD und ihre rechtsradikalen  
158 Abspaltungen sowie Die Rechte, III Weg, die Identitäre Bewegung, Freie  
159 Kameradschaften, Reichsbürger\*innen, die Ein-Prozent Bewegung, PEGIDA  
160 und die NPD werden aufgrund ihrer menschenverachtenden Positionen für  
161 uns nie Partner\_innen im demokratischen Diskurs sein. Weder in den  
162 Parlamenten, noch in der Gesamtgesellschaft.

163

164 **Wir fordern daher unter anderem:**

- 165 • Entschiedenes Vorgehen gegen alle menschenverachtenden Ideolo-  
166 gien und deren konsequente Ächtung in jedem gesellschaftlichen  
167 Bereich
- 168 • Unterstützung von Initiativen, die sich gegen Neonazis und men-  
169 schenfeindliche Ideologie engagieren
- 170 • Stärkung und Unterstützung für Beratungs- und Meldestellen für  
171 Opfer rassistischer, antisemitischer und neonazistischer Gewalt
- 172 • verpflichtende Schulungen in allen kommunalen sowie Landesorga-  
173 nen und Ämtern, um diese für Neonazismus, Rechtsradikalismus und  
174 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren
- 175 • Fortbildungen für Lehrkräfte hinsichtlich des Umgangs mit men-  
176 schenverachtendem Gedankengut sowie zum Erkennen von Symboliken  
177 von Rechtsradikalen und Neonazis
- 178 • Mehr Sozialarbeiter\_innen in der Jugendarbeit und in Schulen
- 179 • Unterstützung und Stärkung Kultur- und Generationsübergreifender  
180 Begegnungstätten“
- 181 • Abkehr von der „Extremismustheorie“
- 182 • Ein Ende der geheimdienstlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen  
183 von Demokratieprojekten
- 184 • Konsequentes Vorgehen gegen Beamte und Staatsangestellte, die  
185 sich offen menschenfeindlich äußern und sich in rechten und Ne-  
186 onazikreisen bewegen

187

188 **Bildung für alle**

189 Der Gedanke der ökonomischen Verwertbarkeit ist in allen Bil-  
190 dungsinstitutionen präsent – sei es nun durch die Vermittlung von  
191 Herrschaftswissen an Schulen, die voranschreitende Umwandlung zur un-  
192 ternehmerischen Hochschule oder dem Missbrauch des lebenslangen Ler-  
193 nens als Selbstoptimierungszwang, um sich selbst besser auf dem Ar-  
194 beitsmarkt verkaufen zu können. Dabei spielen Bedürfnisse und Fähig-  
195 keiten der Menschen, die in Sachsen (aus)gebildet werden sollen, sel-  
196 ten eine Rolle. Hochschulen stellen auch schon lange keine Orte der  
197 kritischen Selbstreflexion und Persönlichkeitsentwicklung dar. Es wird

198 somit deutlich, dass es einen radikalen Richtungswechsel in der säch-  
199 sischen Bildungslandschaft braucht, der es ernst meint, Menschen zum  
200 selbstständigen Leben und kritischen Denken zu befähigen.

### 201 **Eine inklusive Schule für alle!**

202 Ein erster Schritt ist es, KiTas, Schulen und Hochschulen in  
203 privater Trägerschaft konsequent abzuschaffen und Bildung komplett  
204 kostenfrei auszugestalten. Eine wirklich emanzipatorische Bildung kann  
205 außerdem nur gelingen, wenn Schüler\_innen nicht mehr nach der vierten  
206 Klasse getrennt werden - das sorgt nämlich nicht etwa für eine optimale  
207 und differenzierte Förderung von Schüler\_innen, sondern lediglich für  
208 eine verstärkte soziale Separierung der Gesellschaft. Die Einführung  
209 einer Gemeinschaftsschule für alle bedeutet, das gemeinsame Lernen der  
210 Schüler\_innen bis mindestens zur 10. Klassenstufe zu fördern. Die  
211 gegenseitige Unterstützung dient dabei nicht nur der Festigung des  
212 Wissens, sondern auch der Stärkung sozialer Kompetenzen. Es bedeutet,  
213 dass Förderschulen perspektivisch abgeschafft werden müssen. Dem Leit-  
214 gedanken der Inklusion folgend muss es für alle Menschen in Sachsen -  
215 egal ob mit oder ohne zugeschriebener Beeinträchtigung - möglich sein,  
216 an Bildung teilzuhaben. Zur Bewerkstelligung dieser Aufgabe sollen  
217 ausreichend Sonderpädagog\_innen neben Lehrer\_innen im Klassenverbund  
218 mitwirken. Auch muss sichergestellt werden, dass es an allen Schulen  
219 genügend Sozialarbeiter\_innen und Psycholog\_innen gibt, die die Schü-  
220 ler\_innen in ihrer Entwicklung unterstützen. Um eine ständige Erreich-  
221 barkeit der Schule gewährleisten zu können, fordern wir die Ausweitung  
222 der ÖPNV-Anbindung an Schulen und stellen uns gegen jegliche Schul-  
223 schließungen, sodass sich Schulwege nicht verlängern.

### 224 **Noten abschaffen, alternative Lehrkonzepte fördern**

225 Lehrkräfte sollen regelmäßig an methodischen und didaktischen  
226 Weiterbildungen teilnehmen, um den Einsatz von Frontalunterricht zu  
227 minimieren. Regelmäßige inner- und außerschulische Projektstage, Ex-  
228 kursionen und Vorträge sollen den Unterricht zusätzlich bereichern.  
229 Dabei soll das Land finanzielle Unterstützung für Familien leisten,  
230 die sich solche Veranstaltungen sonst nicht leisten könnten.

231 Lehrinhalte und -ziele werden derzeit ohne Beteiligung und Be-  
232 achtung der Bedürfnisse der Schüler\_innen gestaltet. Lehrkräfte sollen

233 die Lernenden unterstützen, statt sie anzuleiten, sollen Selbstbestim-  
234 mung ermöglichen, statt Inhalt und Methode vorzugeben. Eine Möglich-  
235 keit zur Umsetzung dessen können Rahmenpläne darstellen. Es soll um-  
236 fangreiche, abgestufte und verbindliche Festlegungen darüber geben,  
237 was an Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in den Fächern und  
238 Lernbereichen notwendig ist, um in der jeweiligen Lebenswelt kompetent  
239 zu handeln. Mit einem Grundgerüst und der Orientierung an den Möglich-  
240 keiten der Lerninhalte kann dann jede\_r Schüler\_in selbstbestimmt ent-  
241 scheiden, was wie vertieft wird. Zudem fordern wir die Abschaffung von  
242 Noten als Bewertungsmethode (da diese seltenst etwas über die wirkli-  
243 che Eignung von Schüler\_inen in den jeweiligen Fachrichtungen aussa-  
244 gen) und bevorzugen andere Wege, etwa das Ausstellen von Lernentwick-  
245 lungsberichten.

246 Dem laizistischen Grundgedanken verpflichtet fordern wir auch  
247 die Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts und statt-  
248 dessen die Einführung eines konfessionsneutralen ethisch-philosophi-  
249 schen Fachs, in dem auch Religionen vorgestellt, aber nicht beworben  
250 werden. Damit geht auch unsere weitergehende Forderung der Abschaffung  
251 aller kirchlichen Schulen einher.

## 252 **Ohne Bundeswehr ist alles gut**

253 Noch immer ist es Normalität, dass die Bundeswehr an Schulen für  
254 sich wirbt. Auch ist sie bei sogenannten Karrieremessen an Hochschulen  
255 eine stete Vertreterin. Wir fordern daher ein Verbot für die Bundes-  
256 wehr, sich an Bildungsinstitutionen zu präsentieren. Weiterhin wollen  
257 wir Zivil- und Transparenzklauseln für Hochschulen, sodass militäri-  
258 sche Forschung an sächsischen Hochschulen verhindert wird und gleich-  
259 zeitig alle Mitglieder der Hochschule die Möglichkeit haben, sich über  
260 alle Forschungsvorhaben an ihrer Hochschule zu informieren.

## 261 **Hochschulen ausfinanzieren!**

262 Die sächsische Hochschullandschaft war bis 2017 beständig mit  
263 Kürzungen konfrontiert und auch jetzt fehlt das Geld an allen Ecken:  
264 Prekäre Beschäftigungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen,  
265 fehlende Mittel für die angemessene Bezahlung von Lehrbeauftragten,  
266 keine Tarifverträge für studentische Hilfskräfte. Statt eine ausrei-



267 chende Grundfinanzierung durch das Land zu bekommen, müssen die Hoch-  
268 schulen untereinander in Konkurrenz um Drittmittel treten. Bundespro-  
269 gramme, die nur ausgesuchten Hochschulen zukommen, lehnen wir ab und  
270 fordern eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzie-  
271 rung aller Hochschulen. Für verlässliche Perspektiven müssen Hoch-  
272 schulentwicklungspläne auf Augenhöhe verhandelt und ein gerechtes Fi-  
273 nanzierungsmodell entwickelt werden.

#### 274 **Numerus clausus abschaffen!**

275 Der Hochschulzugang ist immer noch stark selektiv und viele Stu-  
276 dienfächer nehmen den Abiturdurchschnitt als Maßgabe, um Studieninte-  
277 ressierte zum Studium zuzulassen. In Anlehnung an unsere Forderung,  
278 Noten abzuschaffen, plädieren wir für die Abschaffung des Numerus  
279 clausus. Jede\_r soll studieren können, was er\_sie möchte. Aufgabe des  
280 Landes und der Hochschulen muss es sein, dies zu ermöglichen, bspw.  
281 durch sinnvolle Eignungstests.

#### 282 **Hochschulgesetz umkrempeln**

283 Das damals durch schwarz-gelb novellierte Hochschulgesetz hat  
284 die Hochschulen noch mehr dazu genötigt, wie ein Unternehmen agieren  
285 zu müssen, als ihren originären Aufgaben nachzugehen. Viele Kompeten-  
286 zen des Senats wurden auf Rektorat und Hochschulrat übertragen, die  
287 verfasste Studierendenschaft wurde geschwächt, diskriminierende Stu-  
288 diengebühren sind hinzugekommen. Die SPD hat es nicht geschafft, die  
289 Missstände zu beheben. Wir fordern eine umfassende Novellierung dieses  
290 Gesetzes hin zu einer demokratischeren Hochschullandschaft. Wir wollen  
291 die Abschaffung aller Studiengebühren, die Streichung der Austritts-  
292 option aus der Verfassten Studierendenschaft und die Abschaffung des  
293 Hochschulrats. Wir wollen unendlich viele Prüfungsversuche für Stu-  
294 dierende, und mindestens paritätische Besetzung der demokratisch ge-  
295 wählten Gremien.

#### 296 **Wir fordern daher unter anderem:**

- 297 • Kostenlose Bildung für alle
- 298 • Eine inklusive Gemeinschaftsschule für alle
- 299 • Abschaffung aller privaten und kirchlichen Bildungsinstitutionen
- 300 • Abschaffung aller Noten

- 301 • Offener Hochschulzugang für alle
- 302 • Ausfinanzierte Hochschulen
- 303 • Novellierung des Hochschulgesetzes
- 304 • Zivil- und Transparenzklauseln für Hochschulen

305

## 306 **Mitbestimmung & Demokratie**

307 Bei der Wahl zum Sächsischen Landtag im Jahr 2014 durften knapp  
308 700.000 Menschen nicht wählen, davon rund 560.000, weil sie schlicht-  
309 weg noch keine 18 Jahre alt waren. Bei der Bundestagswahl 2017 waren  
310 es insgesamt knapp 21 Millionen Menschen, die ihre Kreuze nicht setzen  
311 durften. Und da hören die Demokratiedefizite noch lange nicht auf.

### 312 **Wahlalter Null, Diggi!**

313 Für uns ist jede Altersgrenze, sei sie bei 18, bei 16, wie in  
314 Bremen oder Hamburg, oder bei etwa neuneinhalb Jahren angesetzt nichts  
315 als Willkür. Daher fordern wir das Wahlalter Null, also dass allen  
316 Menschen von Geburt an das aktive (also Personen für etwas wählen) und  
317 passive (sich selbst zu etwas wählen lassen) Wahlrecht zugesprochen  
318 wird.

319 Ob und wann ein Mensch bereit zum Wählen ist, kann nicht gemessen  
320 werden. Wird bei alten Menschen ja auch nicht gemacht und das ist auch  
321 gut so. Ob junge Menschen im Wahlverhalten leichter zu beeinflussen  
322 sind als „Volljährige“ stellen wir vehement in Frage. Und ihnen das  
323 Wahlrecht absprechen zu wollen, weil sie eventuell „extreme Parteien“  
324 wählen könnten, ist alles andere als demokratisch. Das Argument, dass  
325 gerade Kinder automatisch das wählen würden, was ihre Eltern ihnen  
326 einreden, ist nicht haltbar. Genau das war die These, mit der vor erst  
327 rund 100 Jahren versucht wurde, Frauen\* ihr Wahlrecht abzusprechen.  
328 Glücklicherweise wissen wir heute, dass jede Frau\* einen eigenen po-  
329 litischen Willen hat – Surprise, Surprise.

330 Wir möchten diese willkürlich gesetzte und ausschließende Al-  
331 tersgrenze aufbrechen. Wir möchten, dass alle, die wählen gehen wollen  
332 und sich bereit fühlen, dies auch tun können. Damit werden viele junge  
333 Menschen dazu befähigt, Politik besser mitzugestalten, als es aktuell  
334 der Fall ist und ihre Themen einzubringen.

335 **Nicht wählen dürfen liegt nicht immer am Alter**

336 Es gibt leider noch zahlreiche andere Gründe, warum Menschen in  
337 Sachsen nicht wählen dürfen: Eine fehlende deutsche Staatsbürgerschaft  
338 ist so ein Grund. Dabei sind Menschen ohne deutschen Pass zumeist  
339 ‚doppelt‘ von Gesetzen betroffen, bei denen sie nicht mitbestimmen  
340 können. Einerseits Gesetze, die ‚für alle‘ gelten. Andererseits Ge-  
341 setze, die nur für Menschen ohne deutschen Pass gültig sind.“ Wir  
342 finden, dass alle Menschen, egal welchen Pass sie haben, dort wählen  
343 und mitbestimmen sollen, wo sie wohnen.

344 **Gewählt - un nu?**

345 Uns ist bewusst, dass es Wahlen allein nicht sein können. Alle  
346 vier oder fünf Jahre mal ein Kreuz zu machen, führt noch nicht dazu,  
347 dass eine Demokratie lebendig, spaßig und gestaltbar wird. Deswegen  
348 fordern wir mehr direkte Demokratie, beispielsweise die Absenkung der  
349 Hürden für sogenannte Volksentscheide und Bürger\_innenbegehren. Konk-  
350 ret geht es um die Absenkung der nötigen Anzahl an Unterschriften, die  
351 es bedarf, bevor ein Begehren überhaupt erst behandelt wird. Außerdem  
352 fordern wir die Einführung eines Vetorechts. Wenn ein Parlament eine  
353 Entscheidung trifft, muss es - wenn es die Mehrheit der Menschen möchte  
354 - die Chance geben, diese wieder zu kippen. Außerdem muss die Abgabe  
355 von Unterschriften auch online möglich sein, um den Prozess zu ver-  
356 einfachen.

357 **Mitwirkung mit Wirkung!**

358 Wir fordern eine Jugendbeteiligung in Form von Jugendbeteili-  
359 gungsforen, in welchen in basisdemokratischen Verfahren, offen für  
360 alle Jugendlichen, für die Kommune verbindliche Absprachen getroffen  
361 werden. Dort können für jugendpolitische Inhalte Forderungen beschlos-  
362 sen werden, aber auch Beratungen für andere Themen vorgenommen werden,  
363 sowie Personen zu den Ausschüssen und Sitzungen der Räte entsandt  
364 werden. Dabei sind die Jugendlichen und ihre Interessen verpflichtend  
365 anzuhören. Die Jugendbeteiligungsforen sollen mit eigenen Budgets aus-  
366 gestattet werden, über die Jugendliche nach dem Vorbild der Beteili-  
367 gungshaushalte (wie z.B. aus Porto Alegre bekannt) entscheiden. Zur  
368 Sensibilisierung der Teilnehmenden werden Angebote zur politischen

369 Bildung im allgemeinen, aber auch speziell für die Jugendpolitik ge-  
370 schaffen, hervorzuheben ist dabei die Schaffung des Angebotes an Schu-  
371 len. Zur Koordinierung und Organisation des Ganzen sollen Kommunen  
372 Jugendbeteiligungsbüros errichten, die jederzeit die Jugendlichen in  
373 der Organisation unterstützen und beraten.

#### 374 **Willkommen im 21. Jahrhundert!**

375 Wir fordern eine umfassende Digitalisierung von Politik. Abge-  
376 ordnete sollen verpflichtet sein, Portale wie Abgeordnetenwatch zu  
377 nutzen, öffentliche Kalender auf ihren Websites zu betreiben, in denen  
378 einzusehen ist, wann sie sich mit wem – natürlich nicht privat –  
379 treffen und ihre (Neben-)Einkünfte und Ausgaben transparent zu machen.  
380 Befragungen durch Bürger\_innen via Social Media sollen flächendeckend  
381 angeboten werden. Wir stehen für Abschaffung der 5%-Hürde, welche  
382 immer noch dafür sorgt, dass der Wille vieler Wähler\_innen unter  
383 „Sonstiges“ fällt und dieser somit keine Berücksichtigung in der Zu-  
384 sammensetzung des Parlaments findet. Zudem fordern wir die Einführung  
385 einer verpflichtenden Mandatszeitbegrenzung von zwei Legislaturperio-  
386 den im Sächsischen Landtag. Politik lebt von Erneuerung – das muss  
387 auch für die personelle Zusammensetzung im Landtag gelten. Wir setzen  
388 uns außerdem für eine flächendeckende Einführung von lokalen Demokra-  
389 tiebilanzen ein, welche darlegen müssen, inwiefern Einwohner\_innen in  
390 Entscheidungen einbezogen wurden. Instrumente wie Beteiligungshaus-  
391 halte halten wir für supergute Ideen. Und dass alle Wahllokale barri-  
392 erefrei sein müssen, sollte doch selbstverständlich sein, oder?

#### 393 **Wir fordern daher unter anderem:**

- 394 • Das Wahlrecht für alle Menschen mit Lebensmittelpunkt im Wahl-  
395 gebiet
- 396 • Geringere Quoren für die Durchführung direktdemokratischer Ent-  
397 scheidungen, Möglichkeit zu Online-Unterschriftensammlungen
- 398 • Die Einführung von verbindlichen Jugendbeteiligungsforen
- 399 • Offenlegung der Ein- und Ausgaben aller Abgeordneten, ver-  
400 pflichtendes Führen von Lobbykalendern
- 401 • Abschaffung der 5%-Hürde
- 402 • Einführung der Mandatszeitbegrenzung

- 403 • Streikrecht für alle (etwa auch Schüler\_innen, Arbeitnehmer\_in-  
404 nen, Auszubildende, Menschen in Werkstätten - unabhängig von  
405 Themen und Gewerkschaften

406

## 407 **Feminismus und Antisexismus**

408 Eine Welt, in der ihr eurer Leben, unabhängig des euch bei der  
409 Geburt zugewiesenen Geschlechts, frei gestalten könntet klingt ganz  
410 schön cool oder? Leider ist sie auch in Sachsen noch lange keine  
411 Realität. Kaum ist man auf der Welt wird man\* direkt in eine Kategorie  
412 gedrückt.

### 413 **Mensch statt Geschlecht!**

414 Aufgrund der strengen Regelung zum Eintrag der Geschlechterkate-  
415 gorie "divers", wird das binäre Geschlechtssystem trotzdem weiterhin  
416 aufrechterhalten. Im binären Geschlechtersystem werden nur zwei Ge-  
417 schlechter anerkannt – männlich und weiblich. Zu diesen Geschlechtern  
418 gehören klare Rollenbilder, die Kinder von Geburt an erlernen und  
419 gesellschaftlich von ihnen erwartet werden. Mädchen sollen immer brav,  
420 leise und mitfühlend sein und sich um andere kümmern. Sie sollen bloß  
421 nicht an sich zu denken oder auf eigene Bedürfnisse achten. Jungs  
422 hingegen müssen laut sein, sich raufen und immer stark sein. Sie dürfen  
423 nicht weinen, denn aus ihnen sollen mal „richtige Männer“ werden.  
424 Somit wird bereits in der Kindheit der Grundstein für „toxische Männ-  
425 lichkeit“ und sexistisches, von Gewalt geprägtes Verhalten gegenüber  
426 anderen Menschen gelegt. Wir fordern das Recht auf freie Entfaltung  
427 der Persönlichkeit für alle und zwar ohne stumpfe Geschlechterstereo-  
428 type, denn diese können ursächlich für einen großen Leidensdruck für  
429 diejenigen sein, die sich außerhalb dieser Vorgaben oder jenseits des  
430 binären Geschlechtersystems wiederfinden.

### 431 **Fight Lookism!**

432 Zu den Stereotypen gehören auch Schönheitsideale, denen man zu  
433 entsprechen hat. Dies setzt gerade Frauen\* und zunehmend auch Männer  
434 so stark unter Druck, dass es eine Ursache für physische und psychische  
435 Krankheiten sein kann. In der Werbung werden Menschen und gerade

436 Frauen\* fast immer sexualisiert, dem Schönheitsideal entsprechend dar-  
437 gestellt. Wir finden das grundlegend falsch, denn es führt dazu, dass  
438 Frauen\* als Objekte angesehen werden.

### 439 **My body, my choice!**

440 Wenn das Geschlecht bei der Geburt nicht eindeutig als männlich  
441 oder weiblich identifiziert werden kann, erfolgt meist eine Operation  
442 der Geschlechtsorgane. Diese kann schwerwiegende Folgen für das wei-  
443 tere Leben des Kindes haben. Trans- und Interpersonen sind generell  
444 häufig von Diskriminierungen und Gewalt betroffen, die ihre Ursache  
445 in einer Welt haben, die sich an allem abreibt, was an einem weißen,  
446 heteronormativen Weltbild kratzt. Wir wollen in einer Welt leben, in  
447 der wir nicht über unser Äußeres definiert werden und über unsere  
448 Körper selbst bestimmen können!

449 Dies gilt natürlich auch für Schwangere. Dass Schwangerschafts-  
450 abbrüche seit 1933 noch immer gesondert im Strafgesetzbuch behandelt  
451 werden ist nicht hinnehmbar! Zwar haben die Paragraphen heute einige  
452 Einschränkungen, stellen aber immer noch eine ständige Bedrohung und  
453 Infragestellung der Kompetenzen praktizierender Ärzt\_innen und der  
454 Mündigkeit schwangerer Personen dar. Wir fordern die Entstigmatisie-  
455 rung und Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen!

456 Unabhängig von Geschlecht, Aussehen, Kleidung sollte sich kein  
457 Mensch fürchten müssen, bewertet, begrapscht, dumm angemacht oder be-  
458 droht zu werden. Wir fordern mehr Zivilcourage und härteres Durchgrei-  
459 fen bei sexuellen Übergriffen, egal ob auf der Straße, im Club, in der  
460 Familie, bei Freund\_innen und generell überall! Yes means yes and no  
461 means no!

### 462 **Wenn schon Arbeit, dann ohne Diskriminierung**

463 Dass im 21. Jahrhundert Frauen\* immer noch weniger verdienen als  
464 Männer, ist eine der vielen Formen von Sexismus, die Menschen jeden  
465 Tag erfahren. 21% Lohnunterschied entstehen auch durch die Tatsache,  
466 dass es immer noch typische Männer- und Frauenberufe gibt, wobei  
467 Frauen\* häufig im schlechter bezahlten Betreuungs- und Dienstleis-  
468 tungssektor arbeiten. Die Krönung ist hierbei, dass diese Arbeit für  
469 viele Frauen\* unsichtbar nach der Lohnarbeit zuhause weitergeht, wo

470 sie nicht nur zu gering sondern gar nicht vergütet wird Wir fordern  
471 eine gleichberechtigte Verteilung von Sorgearbeit!

472       Entscheidungsgremien und politische Institutionen sind vor allem  
473 von Männern dominiert. Das liegt nicht daran, dass Männer kompetenter  
474 sind oder Frauen\* sich von Natur aus nicht für „Männerberufe“ inte-  
475 ressieren, sondern daran, dass ihnen von Geburt an gewisse Erwartungen  
476 an sie bzw. ihr Geschlecht eingetrichtert werden. Aber auch bei glei-  
477 cher Arbeit verdienen Frauen\* im Durchschnitt 6% weniger als Männer.  
478 Wir wollen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, für  
479 gleiche Arbeit gleich viel verdienen und die Berufe erlernen und er-  
480 greifen können, auf die sie Bock haben.

#### 481 **Emanzipatorische Bildung**

482       Nicht nur Werbung und Berufsleben, sondern auch dem deutschen  
483 Bildungssystem fehlt es an emanzipatorischen Inhalten. Das zweige-  
484 schlechtliche, heteronormative, eurozentristische Weltbild gilt noch  
485 immer als Norm. Das müssen wir ändern! Wir fordern eine gendersensible  
486 Bildung. Dazu gehören gendergerechte Sprache, feministische Inhalte,  
487 Sexualkunde und Konsensprinzip als Schwerpunkt, eine Aufklärung über  
488 die verschiedenen Geschlechter und Sexualitäten, sowie Awareness in  
489 Bildungseinrichtungen, z.B. durch Sexismusedestellen. Wir wollen  
490 auch, dass gerade Frauen\* gefördert werden, wenn sie sich für eine  
491 akademische Laufbahn entscheiden.

#### 492 **Wir fordern unter anderem:**

- 493       • Gendergerechte Sprache
- 494       • Sensibilisierung für Geschlechtsidentitäten
- 495       • Selbstbestimmungsrecht für Inter- und Trans-Personen
- 496       • Eine Welt ohne Lookismus und Bodyshaming
- 497       • Konsequenter Ahndung sexualisierter Gewalt und sexueller Aus-  
498       beutung
- 499       • Gleiche Löhne für gleiche Arbeit
- 500       • Förderung akademischer Laufbahnen von Frauen\*
- 501       • Quoten als Standard in politischen Ämtern und Führungspositionen
- 502       • Faire Verteilung von Sorgearbeit
- 503       • Die Abschaffung sexistischer Werbung

- 504 • Schwangerschaftsabbruch raus auch dem StGB
- 505 • Emanzipatorische Bildung mit antisexistischen Inhalten und Lehr-
- 506 methoden

507

## 508 **Stadt, Land, Mobilität**

509 Die Dörfer bluten aus, die Städte werden zu voll, die Züge fahren  
510 zu selten und sind ohnehin zu teuer. So schaut's, in aller Kürze  
511 gesagt, aus in Sachsen. Dabei könnte doch alles so schön sein! Das,  
512 was die Städte in den Augen junger Menschen attraktiv macht (Perspek-  
513 tive, gute & nahe (Aus-)Bildungsmöglichkeiten, schnelle Wege, Party,  
514 Kultur und und und) sollte ohne weiteres auch auf dem Land Einzug halten  
515 können.

### 516 **Mobil mit links**

517 Mobilität ist ein Grundrecht, das nicht von der ökonomischen  
518 Profit- und Vermehrungslogik der Verkehrsunternehmen beschnitten wer-  
519 den darf. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch, stets und über-  
520 all dahin zu kommen, wohin man\* eben möchte – und auch wieder zurück!  
521 Deswegen müssen die ÖPNV-Verbindungen ausgebaut werden, d.h. in bes-  
522 serer Taktung und höherer Frequentierung fahren – auch nachts, an  
523 Wochenenden und in den Ferien, gern unterstützt durch Ruf-Angebote und  
524 veranstaltungsbezogene Sonderfahrten. Insbesondere das Schienennetz  
525 muss massiv ausgeweitet werden, wodurch endlich der Güterverkehr zu-  
526 nehmend von den Straßen auf die Gleise verlagert werden könnte. Dass  
527 das nicht ohne Aufwand erreichbar ist versteht sich von selbst, doch  
528 gibt es vielerorts auch stillgelegte Gleisanlagen, die instandgesetzt,  
529 wieder befahren und ergänzt werden können.

530 Derzeit können sich viele Menschen die Fahrten mit den Öffis  
531 nicht mehr leisten und sind vom gesellschaftlichen Leben weitgehend  
532 ausgeschlossen. Wir fordern, dass der ÖPNV für alle Menschen vor der  
533 Haustür fährt – barrierefrei, regelmäßig und ohne Fahrschein (wie  
534 andernorts bereits erfolgreich getestet), etwa finanziert durch eine  
535 Pflichtabgabe aller Bürger\_innen und Tourist\_innen. Busfahrzeiten von  
536 bis zu einer Stunde hin zur Schule sind für viele Schüler\_innen in  
537 Sachsen Realität – ebenso, wie ihnen die Teilnahme an AGs, der Musik-  
538 schule, dem Sportverein am Schulstandort oder ein simpler Hangout mit



539 ihren Freund\_innen dadurch verunmöglicht wird, dass sie danach nicht  
540 mehr nach Hause kommen. Ein längeres gemeinsames Lernen in einem  
541 Schulzentrum würde neben den vielen anderen Vorteilen dazu führen,  
542 dass die Kinder nach den ersten Jahren nicht die Grundschule um die  
543 Ecke verlassen müssten. Diese Schulzentren könnten dann auch von Fahr-  
544 zeugen des Nahverkehrs effizienter und regelmäßiger angefahren werden,  
545 so dass ein individueller Hin-und Rückweg gewährleistet werden kann.  
546 Auch dass es in Sachsen im Jahr 2019 noch viele Orte ohne Internetzu-  
547 gang gibt, ist so traurig wie wahr. „Daseinsvorsorge“ heißt aber nunmal  
548 mehr als Strom & Wasser, weshalb Worte wie „Breitbandanschluss“ und  
549 „Mobilfunkabdeckung“ nirgendwo fremd sein dürfen – weder im Erzgebirge  
550 noch in der Oberlausitz. Generell gehört der „Daseinsvorsorge“-Begriff  
551 ausgeweitet. Was spricht denn, wenn der Bedarf bestünde, gegen die  
552 Einrichtung von etwa kommunalen Bäckereien, Tante-Emma-Läden oder gar  
553 Kinos?

#### 554 **Lasst die jungen Leute doch mal machen!**

555 Es gibt einige selbstverwaltete Jugendzentren, die seit Jahren  
556 in der Provinz die Fahne hochhalten und großartige Arbeit leisten –  
557 sie gilt es zu unterstützen und ähnlich Projekte in anderen Gemeinden  
558 zu fördern. Nur in den seltensten Fällen bekommen engagierte Personen  
559 Unterstützung oder gar Förderung von staatlicher Seite. Ganz im Ge-  
560 genteil – ihnen wird oft ein Stein nach dem Anderen in den Weg gelegt.  
561 Dabei gibt es gerade auf dem Land hervorragende Möglichkeiten, sich  
562 frei zu entfalten: Viele leerstehende Häuser, alte Fabriken und Brach-  
563 flächen scheinen nur darauf zu warten, als selbstverwaltete Jugend-  
564 zentren, Partyareale, Haus- oder Kulturprojekte genutzt zu werden. Wir  
565 meinen: Unkommerzielle Nutzung muss unkompliziert möglich sein! Damit  
566 Jugendliche ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und alte Struk-  
567 turen aufbrechen können, fordern wir außerdem für Gemeinderatswahlen  
568 eine U27-Quote von 10 %.

#### 569 **Wem gehört die Stadt?**

570 Mit dem Platz ist das aber so eine Sache: Was auf dem Land  
571 massenhaft zur Verfügung steht, wird insbesondere in den stetig wach-  
572 senden Städten Leipzig und Dresden zum umkämpften Gut. Bezahlbarer

573 Wohnraum fällt den explodierenden Mietpreisen zum Opfer, sodass ins-  
574 besondere einkommensschwache Menschen und subkulturelle Milieus nach  
575 und nach verdrängt werden. Die den Wohnungsmarkt beherrschenden In-  
576 vestor\_innen machen indes bei ihren Spekulationsgeschäften auch vor  
577 dem kalkulierten Leerstand von Wohnraum nicht Halt. Dem muss Einhalt  
578 geboten werden! Wir fordern die Rekommunalisierung bestehenden Wohn-  
579 raums und den Neubau städtischer Wohnungen sowie die sozialverträgli-  
580 che Sanierung älterer Objekte. Weiterhin treten wir ein für alterna-  
581 tive Wohnkonzepte!

582 Das hohe Kfz-Aufkommen sorgt für Staus, vollgestellte Straßen  
583 sowie erhebliche Lärm- und Feinstaubbelastung, wodurch Radfahrer\_innen  
584 und Fußgänger\_innen im Straßenverkehr benachteiligt und sogar gefähr-  
585 det werden. Wir setzen uns für dafür ein, dass der Um- und Ausbau von  
586 Fahrradwegen vorangeht (übrigens auch in der Fläche) und Konzepte für  
587 autofreie Innenstädte erarbeitet werden. Gleichzeitig umfasst das  
588 Recht auf Stadt freilich mehr als Wohnen und Mobilität: Städtische  
589 Grünanlagen, wie Parks oder Stadtwälder, bilden wichtige Rückzugsorte  
590 in der Natur, sind zugleich soziale und kulturelle Treffpunkte und  
591 haben für das Stadtklima eine hohe Bedeutung – sie müssen daher er-  
592 halten und ausgebaut werden. Angedacht werden sollte auch die allge-  
593 meine Nutzbarmachung der Flächen von Kleingartenanlagen in Großstäd-  
594 ten, die derzeit auf viel Raum wenigen Menschen exklusiven Nutzen  
595 bringen. Außerdem fordern wir in wachsenden Städten und schrumpfenden  
596 Dörfern gestapelte Nutzungskonzepte. Das bedeutet, dass Räume und Flä-  
597 chen mehrere Funktionen erfüllen.

598 **Wir fordern daher unter anderem:**

- 599 • Fahrschein- und entgeltfreier ÖPNV
- 600 • massiver Ausbau des Liniennetzes im ländlichen Raum
- 601 • Einrichtung örtlicher Schulzentren
- 602 • Unterstützung selbstverwalteter Jugendzentren und subkultureller  
603 Initiativen
- 604 • Förderung der unkommerziellen Nutzung von Leerstand und Brach-  
605 flächen
- 606 • Einführung einer Jugendquote für kommunale Gremien
- 607 • Praktische Ausweitung des Daseinsvorsorge-Begriffs
- 608 • Förderung sozialer und alternativer Wohnmöglichkeiten

- 609 • Erhalt und Ausbau städtischer Grünflächen
- 610 • Errichtung und Verbesserung von Radwegen
- 611 • Autofreie Innenstädte

612

## 613 **Innere (Un-)Sicherheit**

614 CDU und SPD haben sich also auf ein neues Polizeiaufgabengesetz  
615 geeinigt. Auch wenn die CDU bitterlich enttäuscht sein wird, nicht mit  
616 Onlinedurchsuchungen und Handytrojanern weiter in unsere Freiheits-  
617 rechte eingreifen zu können, so müssen wir uns doch auf ganz neue  
618 Dimensionen repressiver Gewalt einstellen.

### 619 **Verhaftet wegen ~~sexy~~ gar nix!**

620 Ausweitung der Videoüberwachung, Absenkung der „Gefahrenschwel-  
621 len“, einer Aufweichung des Berufsgeheimnisses von Ärzt\_innen, Jour-  
622 nalist\_innen und weiteren „Geheimnisträger\_innen“ zur angeblichen Ab-  
623 wehr von Straftaten. Dazu eine krasse Militarisierung der Polizei bis  
624 hin zum Einsatz von Maschinengewehren sowie Blend- und Rauchgranaten.  
625 Uns stehen ziemlich üble Zeiten bevor, gerade bei der sächsischen  
626 Polizei, die nicht unbedingt für ihren demokratischen und antifaschis-  
627 tischen Grundkonsens bekannt ist.

628 Die CDU setzt alles daran, sich gegen die AfD im Wähler\_innenmi-  
629 lieu der besorgten Bürger\_innen zu profilieren. Die Befugnisse der  
630 Polizei werden aufgrund des sich in Sachsen meist rassistisch ausneh-  
631 menden Rufes nach „subjektiver Sicherheit“ ausgebaut. Statt auf Re-  
632 pression setzen wir auf die Prävention von Kriminalität wie der Be-  
633 kämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

634 Während ganze Gruppen unter Generalverdacht gestellt werden und  
635 die Polizei auch ohne konkreten Tatverdacht repressiv tätig werden  
636 darf, ist man sich in der CDU aber einig, man müsse „unserer Polizei  
637 den Rücken stärken [und] auch jeder Form der pauschalen Misstrauens-  
638 äusserungen beispielsweise durch die Kennzeichnungspflicht entgegen-  
639 treten“ (CDU-Generalsekretär Alexander Dierks) – obwohl wir genau dies  
640 brauchen, um endlich wirkungsvoll gegen Straftaten von Polizist\_innen  
641 im Amt vorgehen zu können! Darüber hinaus fordern wir eine unabhängige

642 und handlungsfähige Meldestelle für Straftaten durch die Polizei, um  
643 den Korpsgeist zu brechen!

#### 644 **Verfassungsschutz in Sachsen? Mach'n Kopp zu!**

645 Der Verfassungsschutz schützt die Verfassung so gut, wie ein  
646 Zitronenfalter Zitronen faltet. Oder wie sonst lässt sich das noch  
647 immer nicht aufgeklärte NSU-Netzwerk oder die Tatsache erklären, dass  
648 alleine im Erzgebirgskreis mehr Punkbands vom Verfassungsschutz beo-  
649 bachtet werden, als überall sonst in Deutschland zusammen? Vom V-  
650 Mannführer eines der wichtigsten NSU-Unterstützer hin zum Verfassungs-  
651 schutzchef in Sachsen – eine märchenhafte Erfolgsgeschichte.

652 Gerade in Sachsen, wo die politikwissenschaftliche Achse Chemnitz  
653 – Dresden zu den Vorreitern der Extremismustheorie gehört und die viel  
654 gepriesene politische Mitte bei PEGIDA in Dresden mitmarschiert, mit  
655 Neonazis in Chemnitz Jagd auf Ausländer\_innen macht, die AfD bei der  
656 letzten Bundestagswahl zur stärksten Kraft wählte und in jedem zweiten  
657 Kaff gewalttätig gegen Geflüchtetenunterkünfte demonstriert, gibt es  
658 nur einen Weg, demokratische Werte zu schützen – den entschiedenen  
659 Kampf gegen rechts durch eine starke Zivilgesellschaft und keine als  
660 V-Männer vergüteten Neonazis!

#### 661 **Freiheit stirbt mit Sicherheit**

662 Ein Einkauf im Supermarkt – festgehalten auf Video. Eine Fahrt  
663 im Bus – festgehalten auf Video. Ein gemütliches Sit-In auf dem Markt-  
664 platz – festgehalten auf Video. Es erschreckt, wie sehr die Freiheit,  
665 sich ohne Überwachung von A nach B bewegen zu können im Namen angeb-  
666 licher Sicherheit ausgehebelt wird. Dabei ist die in sogenannten  
667 „Problembezirken“ teilweise schon flächendeckende Kameraüberwachung  
668 nur die Spitze des Eisbergs. Möglichkeiten, Bürger\_innen zu überwachen  
669 gibt es zuhauf und werden durch den vermeintlichen technischen Fort-  
670 schritt, wie dem Einsatz von Gesichtserkennungssoftware, immer man-  
671 nigfaltiger.

672 Wir stellen uns dabei ganz klar gegen die bürgerliche Argumenta-  
673 tion, dass es Menschen, die sich nichts zuschulden kommen lassen doch  
674 egal sein könnte, überwacht zu werden. Weder Roland Wöllner noch Jürgen  
675 Georgie geht es etwas an, wo du oder – wie geschehen – Fans der BSG

676 Chemie Leipzig hingehen. Wir fordern einen massiven Abbau von Überwa-  
677 chungstechnik im öffentlichen Raum, eine Einstellung der Überwachung  
678 von linken Aktivist\_innen und Demokratieprojekten sowie eine Löschung  
679 aller ohne Einwilligung gespeicherten personenbezogenen Daten - egal  
680 ob von Behörde oder Unternehmen! Menschen sind keine Objekte im Staat.

681 Es widerspricht der Menschenwürde und ist nicht mit dem Grundge-  
682 setz zu vereinbaren, dass der Staat in Grundrechte eingreift und sich  
683 heraus nimmt, Menschen zwangsweise in ihrer Persönlichkeit zu erfassen  
684 und zu katalogisieren.

### 685 **Gegen rechte Umtriebe!**

686 Dass wir keine Lust auf Neonazis, egal ob sportliche Faschos oder  
687 Reichsbürger\_innen, haben ist kein Geheimnis. Dass diese auch immer  
688 wieder das Thema innere Sicherheit tangieren, zeigt sich in jüngerer  
689 Vergangenheit nicht nur beim faschistischen Angriff auf Connewitz 2016  
690 oder bei gewalttätigen Reichsbürger\_innen in Bärwalde bei Meißen, son-  
691 dern auch das vermehrte Veranstalten kommerzieller Neonazifestivals  
692 unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit wie in Ostritz. Wir  
693 brauchen neben stärkerer politischer Bildung und der Entzauberung ih-  
694 rer Ideologie auch eine Gesellschaft, die Rechte, egal wie bürgerlich  
695 sie sich geben, als das bezeichnet was sie sind: Ewigvorgestrige  
696 Klemmnazis.

697 Ostritz wiederum hat eindrucksvoll gezeigt, dass es auch in der  
698 tiefsten ostdeutschen Provinz eine Zivilgesellschaft gibt, die keine  
699 Lust darauf hat, sich von Neonazis, die kommerzielle Festivals aus-  
700 richten, vorführen zu lassen. Übereifrige Richter\_innen aber machten  
701 dem Verbot der Ausrichtung eines solchen Festivals unter dem Deckman-  
702 tel einer politischen Versammlung einen Strich durch die Rechnung.  
703 Somit zwangen sie Leuten, die absolut keinen Bock auf Faschos haben,  
704 die Anwesenheit tausender besoffener und gewaltbereiter Neonazis auf.

705 Gleichzeitig sind viele Behörden groß in der Kriminalisierung  
706 und Benachteiligung linken Protests. Dies konnte man\* in den vergan-  
707 genen Jahren immer wieder beim behördlichen Umgang mit Demonstrationen  
708 der -gida-Bewegungen im Vergleich zu angemeldeten Gegenprotesten se-  
709 hen. Wir wollen eine Versammlungsgesetzgebung, die Versammlungen  
710 schützt und nicht im Vorhinein kriminalisiert - und die kommerzielle

711 Neonazifestivals nicht unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit  
712 und all ihrer Vorteile erlaubt!

713 **Wir fordern daher unter anderem:**

- 714 • Mehr verpflichtende demokratische Bildung für Polizist\_innen
- 715 • Eine unabhängige und handlungsfähige Meldestelle bei repressiver  
716 Gewalt
- 717 • Eine Kennzeichnungspflicht von Polizist\_innen
- 718 • Verbot von Racial Profiling
- 719 • Ein Verbot von Pfefferspray und anderen chemischen Kampfstoffen
- 720 • Eine Abkehr vom blödsinnigen Berufen auf „subjektive Sicherheit“
- 721 • Kein neues, schärferes Polizeiaufgabengesetz
- 722 • Verfassung schützen – Verfassungsschutz abschaffen
- 723 • Stopp der Überwachung des öffentlichen Raums in allen Formen
- 724 • Verbot der unfreiwilligen Speicherung personenbezogener Daten  
725 durch Behörden, Unternehmen und andere
- 726 • Reichsbürger\_innen das Wasser abgraben – ideologisch und prak-  
727 tisch
- 728 • Gegen die Kriminalisierung und Verunmöglichung linken Protests
- 729 • Keine (kommerziellen) Neonazifestivals unter dem Deckmantel der  
730 Versammlungsfreiheit